

## Die britische Diktatur der neuen Normalität



von

[Iain Davis](#)

Dienstag, 14. Dezember 2021

Die britische Regierung hat die angebliche Covid-19-Krise (oder [Pseudopandemie](#)) genutzt, um in aller Stille alle notwendigen Komponenten für eine britische Diktatur zu errichten. Die Aufbauphase steht kurz vor dem Abschluss, und wenn sich die Menschen nicht [massenhaft weigern](#) und ihre Vertreter mit einer [Petition](#) auffordern, sie zu stoppen, wird die britische Diktatur bald in vollem Umfang in Kraft treten.

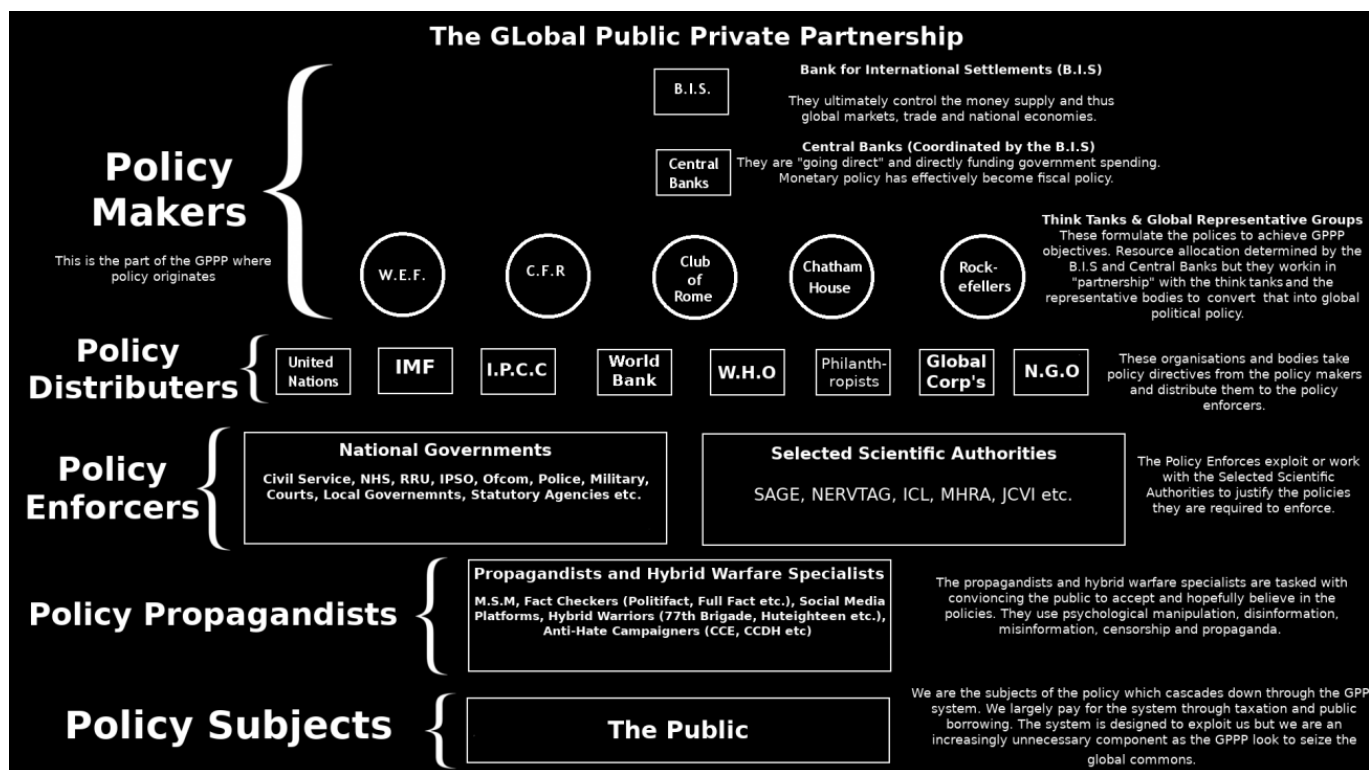
### Die Diktatur der Global Governance

Eine [Wörterbuchdefinition](#) von "Diktatur" ist:

Regierung durch einen Diktator [...] Ein Land, das von einem Diktator regiert wird [...] Absolute Autorität in jedem Bereich.

Die britische Diktatur ist kein Einzelfall. Sie hat sich in den USA, in den EU-Mitgliedstaaten und anderswo herausgebildet. Es handelt sich um ein globales Diktaturmodell, **das von einer Koalition öffentlicher und privater Organisationen betrieben wird.** Die nationalen Regierungen sind die ausführenden *Partner*.

Die nebulöse Struktur der [Globalen Öffentlich-Privaten Partnerschaft](#) (G3P) macht politischen Widerstand [dagegen fast unmöglich](#). Sie hält das Angebot [sogenannter demokratischer Wahlen](#) aufrecht und gibt sogar vor, die demokratische Rechenschaftspflicht durch [neue Formen der angeblichen Demokratie](#) zu verbessern.



Die Diktatur der "Neuen Abnormalen" ist schwer fassbar. Sie hat keinen einzelnen, identifizierbaren Diktator. Es gibt keinen Despoten, den man absetzen könnte. Die Architekten der *technokratischen Diktatur* haben aus der Geschichte gelernt. Das moderne, weltweite Kontrollsystem ist ein System des Regierens, nicht des Regierens. Die Regierung ist die Linse, die es für uns alle ins Blickfeld bringt.

Das Gerede über Dezentralisierung und Sortierung (Föderalisierung und Bürgerversammlungen) und andere vorgeschlagene Verbesserungen der *"lokalen Verwaltung"* und des politischen Engagements sind keine Abhilfe, sondern vielmehr **Teil** dieser neuen Tyrannei. Diese Angebote sind Illusionen in die repräsentative Demokratie und beschränken die politischen Debatten auf das, was bereits vom G3P beschlossen wurde. Sie können sich für eine Netto-Null-Emission bis 2030 oder eine Netto-Null-Emission bis 2050 entscheiden, aber was immer Sie wählen, es wird eine Netto-Null-Emission sein.

Das macht es für manche Menschen schwierig, das Wesen des Totalitarismus zu erkennen, der unseren Gesellschaften aufgedrückt wird. Es handelt sich um eine Technokratie, die eher dem Neokolonialismus eines Megakonzerns ähnelt als den früheren autokratischen Militärregimen der Geschichte. Diese Diktatur wird jedoch durch den Willen der Konzerne *in jedem Bereich absolute Autorität* haben und genauso grausam und unterdrückerisch sein wie alle anderen zuvor.

Eine ausführlichere Erklärung der Art von Diktatur, mit der wir es zu tun haben, findet sich vielleicht in der Encyclopedia Britannica:

[Eine] [...] Regierungsform, in der eine Person oder eine kleine Gruppe absolute Macht ohne wirksame verfassungsmäßige Beschränkungen besitzt [...] Diktatoren greifen in der Regel auf Gewalt oder Betrug zurück, um despotische politische Macht zu erlangen, die sie durch Einschüchterung, Terror und die Unterdrückung grundlegender bürgerlicher Freiheiten aufrechterhalten. Sie können auch Techniken der Massenpropaganda einsetzen, um ihre öffentliche Unterstützung zu erhalten.

Die G3P ist ein Geflecht aus multinationalen Unternehmen, steuerbefreiten Stiftungen (Philanthropen), privaten Investoren, Denkfabriken, Regierungen, Nichtregierungsorganisationen, Gruppen der Zivilgesellschaft und angeblichen Wohltätigkeitsorganisationen. Die globalistischen **Denkfabriken** der G3P - zum Beispiel der Club of Rome, das Royal Institute of International Affairs (Chatham House) und das Weltwirtschaftsforum - bestimmen die politische Agenda der Global Governance.

Dies wird dann kaskadenartig über die **politischen Verteiler** wie den IWF, die Weltbank und den IPCC weitergegeben, um von den Regierungen und den von ihnen ausgewählten wissenschaftlichen Gremien wie der

FDA und der [MHRA](#) durchgesetzt zu werden. Die Regierung und die G3P sind *Partner*, und es ist die Aufgabe der Regierung, die politische Agenda in harte Gesetze und lokale Regierungspolitik **umzusetzen**.

Dem sind wir unterworfen. **Die Regierungen gestalten keine Politik, sie setzen sie einfach durch.**

Wo auch immer man in den ehemaligen westlichen "Demokratien" hinschaut, seien es die USA, Frankreich, Deutschland, Italien oder das Vereinigte Königreich, **das Ziel ihrer jeweiligen Diktaturmodelle ist dasselbe: die Schaffung eines globalen Systems einer auf Biosicherheit basierenden digitalen Identität, die schließlich mit der Zahlung einer [digitalen Zentralbankwährung](#) (CBDC) verbunden werden soll. Dieser digitale Gulag oder diese [Technokratie](#) wird das derzeitige [Sozialkreditsystem](#) in China nachahmen.**

## Die britische Diktatur nimmt Gestalt an

Weniger als eine Woche, nachdem [Public Health England](#) (jetzt die [britische Gesundheitssicherheitsbehörde](#)) [Covid-19](#) aufgrund der *geringen Gesamtsterblichkeit* von einer Krankheit mit hoher Auswirkung [herabgestuft hatte](#), erklärte die britische Regierung, das Land befinde sich in einer Notlage. Plötzlich wurden Notstandsgesetze vorgelegt.

Trotz der behaupteten Dringlichkeit entschied sich die Regierung, die bestehenden Rechtsvorschriften, die für genau eine solche Krise gedacht sind, nicht anzuwenden. Indem sie den [Civil Contingencies Act 2004](#) (CCA) ignorierte, umging die Regierung die vorgeschriebene regelmäßige dreißigtägige parlamentarische Prüfung der erlaubten Plenarbefugnisse.

Die britische Regierung hat sich nicht auf das CCA berufen und gehört damit zu den vielen Regierungen weltweit, die als Reaktion auf Covid-19 **nicht** offiziell den Notstand ausgerufen haben. Dies ist nach wie vor der Fall.

**Rechtlich gesehen ist die Covid-19-Pandemie kein *nationaler Notstand* und war es auch nie. Stattdessen legte die britische Regierung ein Gesetz vor, dessen Ausarbeitung offensichtlich viele Monate gedauert hatte und das ihr für mindestens sechs Monate absolute Exekutivgewalt verlieh.**

Kein Abgeordneter stimmte für die Verabschiedung des [Coronavirus-Gesetzes 2020](#). Es wurde in nur vier Sitzungstagen im [Schnellverfahren durch das Parlament](#) gebracht. Bei mehr als 340 Seiten gab es keine Gelegenheit für die Abgeordneten oder Kollegen, das Gesetz eingehend zu prüfen.

Unsere Parlamentarier erlaubten der Regierung des Vereinigten Königreichs mühelos, [sich außergewöhnliche Befugnisse anzueignen](#). Unter den vielen neuen Befugnissen, die das Coronavirus-Gesetz mit sich brachte, erlaubte es der Regierung, Menschen ohne Gerichtsverfahren zu inhaftieren und sie mit weitaus größerer Leichtigkeit in psychiatrische Anstalten einzuweisen; es weitete die Befugnisse zur Massenüberwachung und zur Speicherung biometrischer Daten aus; es schuf, [wie in Erewhon](#), das *Verbrechen, krank zu sein* ("ansteckende Krankheiten zu verbreiten"). Mit dem Gesetz erhielt die Regierung die Befugnis, legale Versammlungen, darunter auch Proteste, nach Belieben zu unterbinden, und es beseitigte alle Sicherheitsvorkehrungen im Zusammenhang mit NHS-Pflegegutachten und der Registrierung von Todesfällen.

Am 19. Oktober 2021 akzeptierte die stellvertretende Sprecherin des Unterhauses, Rosie Winterton, eine *Abstimmung* der wenigen anwesenden Abgeordneten, um die dritte Verlängerung des Coronavirus-Gesetzes durchzuwinken. Die "Ayes" hatten es leicht, in der praktisch menschenleeren Kammer.

Es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass eine formale Trennung ein anderes Ergebnis gebracht hätte. Bei der vorangegangenen Abstimmung über die Erneuerung des Gesetzes im März wurde das Coronavirus-Gesetz trotz einer kleinen Tory-Rebellion im Hinterzimmer mit überwältigender Unterstützung verlängert, da die Regierung eine Mehrheit von 484 zu 76 Stimmen in dieser Frage erhielt.

Wie der Journalist und ehemalige britische Diplomat Craig Murray [richtig bemerkte](#):

Es ist ein bekanntes Muster, dass eine Diktatur mit Notmaßnahmen beginnt, um eine Bedrohung zu bekämpfen. Diese Notmaßnahmen werden dann normalisiert, und die Menschen, die willkürliche Macht ausüben, werden süchtig danach. Dann wird eine neue Bedrohung gefunden, um die Fortsetzung zu rechtfertigen.

Die Normalisierung diktatorischer Befugnisse ist genau das, was wir derzeit erleben. Es gibt keine nennenswerte politische Opposition gegen die Tyrannei des Coronavirus-Gesetzes. Die Gewährung der halbjährlichen Verlängerung auf rollierender Basis scheint derzeit eine vollendete Tatsache zu sein.

## **Die britische Diktatur lässt sich ungestraft foltern und ermorden**

Das Coronavirus-Gesetz ist jedoch nicht das einzige diktatorische Gesetz, das die Abgeordneten erlassen haben und weiterhin ohne Skrupel akzeptieren.

Im Oktober 2020 durchlief das Gesetz über verdeckte menschliche Geheimdienstquellen (strafrechtliches Verhalten) seine dritte Lesung im Unterhaus (und im Oberhaus) praktisch ohne Gegenstimmen. Im Unterhaus haben [sich](#) die meisten Oppositionsabgeordneten [nicht einmal die Mühe gemacht, abzustimmen](#).

Der Oppositionsführer, Sir Keir Starmer, peitschte seine Parlamentskollegen an, sich dem Gesetzentwurf nicht zu widersetzen. Nur 20 Labour-Abgeordnete [widersetzten sich der Einpeitschung](#) und stimmten gegen dieses tyrannische Gesetz. Das Gesetz (CHIS) wurde dann [im März 2021](#) in Kraft gesetzt.

Im Namen der G3P hat die britische Regierung sich selbst und ihren Behörden im Rahmen dieses Gesetzes die Befugnis erteilt, jedes beliebige Verbrechen zu begehen, ohne eine Strafverfolgung fürchten zu müssen. Der [Gemeinsame Ausschuss für Menschenrechte](#) hat den Zweck des CHIS dargelegt:

Der Covert Human Intelligence Sources (Criminal Conduct) Bill schafft eine gesetzliche Grundlage für eine Vielzahl von Behörden, um Informanten, verdeckten Agenten und verdeckten Ermittlern kriminelles Verhalten zu gestatten [...], indem er das genehmigte Verhalten ausdrücklich als "für alle Zwecke rechtmäßig" bezeichnet [...]

Der Gesetzentwurf enthält keine ausdrückliche Begrenzung der Art des kriminellen Verhaltens, das genehmigt werden kann. Dies eröffnet die abscheuliche Möglichkeit, dass schwere Verbrechen wie Vergewaltigung, Mord oder Folter im Rahmen einer Ermächtigung ausgeführt werden können.

Der CHIS ändert den Regulation of Investigatory Powers Act aus dem Jahr 2000 und bedeutet, dass staatliche Stellen - von den Nachrichtendiensten, der Polizei und dem Militär bis hin zum Ministerium für Gesundheit und Soziales, der Food Standards Agency und ironischerweise auch dem Justizministerium - völlig ungeniert Verbrechen gegen die Bevölkerung begehen können.

Der Staat muss seine kriminellen Handlungen nicht rechtfertigen, sondern kann auf Nachfrage einfach sagen, dass er das Gesetz "im Interesse der nationalen Sicherheit, zur Verhinderung oder Aufdeckung von Straftaten oder zur Verhinderung von Unruhen oder im Interesse des wirtschaftlichen Wohls des Vereinigten Königreichs" gebrochen hat. Im Grunde kann sie sich jede beliebige Ausrede einfallen lassen.

Nicht, dass die Frage irgendeinen praktischen Zweck erfüllen würde. Das CHIS gewährt den Bediensteten des Staates Immunität vor Strafverfolgung, und selbst wenn Sie einen wasserdichten Fall hätten, der staatliche Verbrechen beweist, gäbe es keinen Angeklagten, gegen den Sie ihn vorbringen könnten.

Artikel 6 der [Europäischen Menschenrechtskonvention](#) (EMRK), der auch nach dem Brexit im britischen Recht verbleibt, garantiert das Recht auf eine gerichtliche Anhörung in Fällen von Bürgerrechtsverletzungen. Darüber hinaus heißt es in Artikel 8 der [Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte](#) der Vereinten Nationen (AEMR):

Jede Person hat das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf bei den zuständigen einzelstaatlichen Gerichten gegen Handlungen, die die ihr durch die Verfassung oder das Gesetz gewährten Grundrechte verletzen.

Solche Verstöße könnten beispielsweise darin bestehen, dass die Polizei Beweise unterschleibt und dann falsche Zeugenaussagen fabriziert. Da in der CHIS jedoch keine Straftaten ausgeschlossen werden, könnten die betreffenden Verstöße auch Mord beinhalten.

Die schönen Worte der EMRK und der AEMR bedeuten in Wirklichkeit nichts. Das Konzept der "Menschenrechte" ist eine totale Farce. Das CHIS zeigt, dass die Regierung diese so genannten Rechte völlig ignorieren kann, wann immer sie es will. Sie sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind.

Die "Menschenrechte" sind nur eine leere Marketingstrategie, um Sie davon zu überzeugen, den Institutionen der Regierung zu vertrauen. Sie werden von Politikern und Anwälten auf ein Stück Papier gekritzelt, um den Menschen vorzugaukeln, dass ihre Rechte von Politikern und Anwälten stammen und ihnen somit eine angebliche Autorität über diese Rechte verleihen. Die "Menschenrechte" sind keine Rechte. Sie sind staatliche Genehmigungen. Was die Regierung gewährt, kann sie auch wieder wegnehmen.

Die einzige Form von Rechten, die tatsächlich existiert, sind unveräußerliche (oder unveräußerliche) Rechte. Sie gehören uns von Geburt an und haben nichts mit der Regierung zu tun. Die Regierung kann sie respektieren oder ignorieren, und wir können die Regierung entsprechend beurteilen.

Die Regierung kann unveräußerliche Rechte nicht ändern, ergänzen oder für sich in Anspruch nehmen. Daher die weltweite, jahrzehntelange Propagandakampagne, um uns alle davon zu überzeugen, an das unsinnige Versprechen der "Menschenrechte" zu glauben.

Wir dürfen nicht zulassen, dass diejenigen, die Autorität beanspruchen, weiterhin unwidersprochen eine verlogene Sprache verwenden. Wann immer sie von "Menschenrechten" sprechen, sollten wir diese Täuschung widerlegen. Die "Menschenrechte" existieren nicht. Das CHIS beweist dies unbestreitbar in einer besonders reinen Form.

Als Großbritannien in der Nachkriegszeit das "Menschenrechts"-Modell für Europa aufstellte, war es damit einverstanden, in mehreren internationalen Verträgen das Recht, nicht getötet oder gefoltert zu werden, als unantastbares "absolutes Menschenrecht" zu verankern, das in keinem noch so dringenden Fall beschnitten werden kann, aber Großbritannien hat sich nun ein "Menschenrechts"-Modell gegeben, bei dem sich nicht einmal das Recht, nicht getötet oder gefoltert zu werden, als "uneingeschränkt" erweist. Sie wurden als "absolut" angepriesen, bis beschlossen wurde, dass sie nicht "absolut" sind.

Zusammen bilden das Coronavirus-Gesetz und das CHIS die Grundlage für den Rest der britischen Diktatur. In Kombination mit den anderen Gesetzentwürfen und Änderungsanträgen, die derzeit mühelos in den Status eines Gesetzes gleiten, wird damit die Art von Diktatur sichergestellt, die wir aus den Annalen der Geschichte kennen - nur eben unter dem Deckmantel der Scheindemokratie der "Zivilgesellschaft".

Das CHIS bildet den Rahmen für die bevorstehenden diktatorischen Befugnisse. Alle sind in einem Umfeld uneingeschränkter Kriminalität angesiedelt, die vom britischen Staat ausgeübt werden soll.

## Die britische Diktatur will das Recht auf Protest beenden

Das Gesetz über Polizei, Straftaten, Strafverfolgung und Gerichte (PCSC) wurde zumindest von den Oppositionsparteien abgelehnt. Man könnte argumentieren, dass diese Tatsache das völlige Fehlen von Widerstand gegen das CHIS noch bemerkenswerter macht. Offensichtlich wollen alle großen politischen Parteien die Macht haben, Verbrechen zu begehen.

Neben vielen anderen diktatorischen Maßnahmen besagt § 61 (2) (a), dass es eine Straftat ist, wenn Sie durch Ihr Handeln oder Unterlassen eine Situation schaffen, in der eine andere Person:

Tod, Körperverletzung oder Krankheit erleidet.

Damit besteht die eindeutige Möglichkeit einer Verhaftung wegen des Verbrechens, sich ungeimpft in einem öffentlichen Raum aufzuhalten. Dies mag für viele schwer zu akzeptieren sein. Vielleicht wäre es schwierig, diesen Vorwurf vor Gericht zu beweisen, aber die Möglichkeit wird durch den PCSC sicherlich geschaffen.

Es handelt sich um ein umfangreiches, weitläufiges Gesetzgebungswerk. Es enthält Bestimmungen zu einer Vielzahl von gerichtlichen, rechtsanwendenden und strafrechtlichen Befugnissen und Regelungen. Da dies alles in einem einzigen Gesetzentwurf zusammengefasst ist, wird es für die meisten Abgeordneten äußerst schwierig sein, dessen Auswirkungen in vollem Umfang zu erfassen, bevor sie darüber abstimmen. Um dies zu tun, müssten sie praktisch ihre gesamte Zeit für nichts anderes aufwenden.

Darüber hinaus sehen wir, dass der ohnehin schon umfangreiche Gesetzesentwurf immer weiter aufgestockt wird. Der Innenminister hat das Gesetz mit achtzehn zusätzlichen Änderungsanträgen versehen, nachdem es die zweite Lesung im Unterhaus durchlaufen hatte, wodurch die Möglichkeiten der Abgeordneten, es zu prüfen, immer weiter eingeschränkt wurden.

Zu den schleichenden Erweiterungen gehören: das Verbot von "Lock-ons", bei denen sich Demonstranten an Bäume und Maschinen ketten, um die Aktivitäten zu stoppen, gegen die sie sich wehren, wie z. B. [Fracking](#): jede Behinderung der normalen Aktivitäten eines Unternehmens, die der eigentliche Sinn direkter Aktionen ist, könnte einen Demonstranten mit fast zwölf Monaten Gefängnis bestrafen. Der Gesetzentwurf weitet auch die Befugnisse der Polizei zur Durchführung von Durchsuchungen aus, ermöglicht es den Behörden, Menschen daran zu hindern, überhaupt zu einer Demonstration zu gehen, und erlaubt es ihnen schließlich, bestimmten Personen oder Gruppen einfach zu verbieten, zu protestieren.

George Monbiot, der grüne Aktivist und Berichterstatter der fortschrittlichen Linken, schrieb einen gut geschriebenen Artikel, in dem er seine Besorgnis über den Gesetzentwurf zum Ausdruck brachte. In einem Moment von fast atemberaubender Ironie schloss er seinen Artikel so:

Wo sind denn alle? Warum ist das nicht überall auf den Titelseiten zu lesen? Warum sind wir nicht zu Millionen auf der Straße und protestieren, solange wir noch können? Wir nutzen unsere Freiheiten oder wir verlieren sie. Und wir sind sehr nahe daran, sie zu verlieren.

Natürlich sind die Menschen zu Millionen auf die Straße gegangen, um gegen die Errichtung einer Diktatur zu protestieren. Genau darum ging es in den achtzehn Monaten der Pro-Freiheit-Proteste.

Da diese gewaltigen Proteste, die Linke und Rechte, Schwarze und Weiße, Alte und Junge vereinten, sich auch gegen die Verwendung des Covid-19-Narrativs der Regierung zur Durchsetzung der sich abzeichnenden Diktatur richteten, bezeichnete Monbiot die [Demonstranten, für die er jetzt plädiert](#), nur drei Monate zuvor als rechtsextrem, als Anti-Vaxxer, als weiße Rassisten.

Während sie zu Millionen auf der ganzen Welt für die Rechte kämpften, deren Verlust er verspätet beklagte, wurden sie von Monbiot und fast allen Mainstream-Medien, für die er arbeitet, insbesondere dem *Guardian*, angegriffen. Sie erfanden buchstäblich [Fake News](#), um die öffentliche Aufmerksamkeit absichtlich von den völlig legitimen Anliegen der Demonstranten abzulenken.

Wie Monbiot und viele andere jetzt verstehen, wird der PCSC Protest und andere Formen der direkten Aktion in Großbritannien praktisch illegal machen. Das Recht zu protestieren, in jeglichem sinnvollen Sinne, wird beendet, wenn dieses Gesetz in Kraft tritt.

Wir haben vielleicht gedacht, dass das Recht auf friedlichen Protest ein demokratisches Recht ist. Das war es auch, aber sobald der PCSC in Kraft getreten ist, wird es dieses besondere Menschenrecht im Vereinigten Königreich nicht mehr geben.

Die unveräußerlichen Rechte auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und Freizügigkeit bleiben bestehen.

Teil 3 des Gesetzentwurfs befasst sich mit der öffentlichen Ordnung. Niemand darf durch lautstarke Proteste "Unbehagen, Beunruhigung oder Ängste" bei anderen hervorrufen. Also keine Trillerpfeifen oder Trommeln. Stiller Protest ist alles, was erlaubt ist. Niemand darf die "Aktivitäten einer Organisation" stören oder gar das normale "Leben in einer Gemeinschaft" beeinträchtigen.

Es wurde der Straftatbestand der "vorsätzlichen oder fahrlässigen Erregung öffentlichen Ärgernisses" geschaffen, der Demonstranten, die es wagen, ihre Stimme zu erheben, bis zu **zehn Jahre** Gefängnis einbringen kann. Sie müssen nicht einmal Lärm gemacht haben. Wenn es als **wahrscheinlich gilt, dass Sie "ernsthaftes Ärgernis" oder "ernsthafte Unannehmlichkeiten"** verursachen, kann die Gefängnisstrafe zwölf Monate betragen.

Protestbewegungen aller Art haben eine lange Geschichte der Infiltration und Überwachung durch Polizei und Geheimdienste. Eine Untersuchung aus dem Jahr 2016 ergab, dass verdeckte britische Polizeibeamte über Jahrzehnte hinweg mehr als tausend politische Bewegungen im Vereinigten Königreich infiltriert hatten. Sie waren unter anderem als aktive Führer dieser Bewegungen tätig und hatten sogar Familien mit den Aktivisten, die sie ausspionierten und manipulierten.

Mit der Einführung des CHIS steht es solchen polizeilichen Infiltratoren nun frei, Protestbewegungen in jede gewünschte Richtung zu lenken, und sie können jedes Mittel, ob kriminell oder nicht, einsetzen, um die Ziele der Regierung zu erreichen. Agent Provocateurs können die *richtige Art von* "Belästigung" oder "Unannehmlichkeiten" verursachen, um die Befugnisse ihrer Kollegen gemäß dem Gesetz auszulösen.

Da sie als "Nothelfer" gelten, wird ein Angriff auf die Polizei mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft. Während der Staat also Demonstranten schlagen, erpressen, betrügen oder sogar ermorden kann, muss jeder, der seine Agenten angreift, mit einer harten Freiheitsstrafe rechnen - genauso wie für den Protest selbst.

Die britische Regierung erlaubt es der Polizei bereits, Protestrouten zu kontrollieren oder sogar Märsche und andere Formen von Protesten zu verbieten. Dazu muss sie derzeit Beweise vorlegen, die sie zu dem begründeten Verdacht veranlassen, dass es zu einer "schweren Störung der öffentlichen Ordnung, einer schweren Sachbeschädigung oder einer schweren Beeinträchtigung des Gemeinschaftslebens" kommen wird.

Der PCSC geht weit über die bestehenden autoritären Befugnisse hinaus, um potenziell gefährliche Proteste zu begrenzen, die die öffentliche Sicherheit gefährden, wie z. B. Straßenblockaden. Insbesondere Westminster wird durch eine im PCSC versprochene Sperrzone geschützt, die sicherstellt, dass die Bevölkerung nicht mehr vor ihrem eigenen Parlament protestieren kann.

Um eine Demonstration oder einen Protest zu verbieten, muss die Polizei keine Überlegungen mehr anstellen oder den Gerichten Beweise vorlegen. Sie kann festlegen, wann, wo und ob ein Protest "erlaubt" ist. Sie kann ihre Dauer festlegen und einen Protest aus jedem beliebigen Grund ablehnen.

Andere Maßnahmen in dem Gesetzentwurf machen Proteste ohnehin unwirksam. Die meisten Menschen werden nicht einmal wissen, dass ein Protest stattgefunden hat, wodurch das Ziel des Protestes völlig verfehlt wird. Außerdem wird der Protest zu einer extrem risikoreichen Aktivität. Die meisten normalen Menschen mit Familie werden sich dieses Risiko nicht leisten können.

Mit dem PCSC ist es mit dem demokratischen Protest vorbei. Damit endet auch jede Behauptung, dass wir in einer Demokratie leben.

Wir haben bereits erlebt, dass die Mainstream-Medien große globale Pro-Freiheit-Märsche völlig ignorieren. Währenddessen berichten sie eifrig über viel kleinere Proteste von Gruppen wie Extinction Rebellion und Insulate Britain. Sie tun dies, weil diese Gruppen für die G3P-Agenda protestieren und nicht gegen sie.

Unter der Herrschaft des PCSC sollten alle hochkarätigen Demonstrationen mit Misstrauen betrachtet werden. **Die Gesetzgebung wird der G3P die vollständige Kontrolle über die Proteste im Vereinigten Königreich geben.** Nur die ausgewählten Proteste werden "genehmigt". In erster Linie, um die absurde Anspielung auf die Demokratie in unserer neuen abnormalen Zivilgesellschaft aufrechtzuerhalten.

Während sich die Diktatur entfaltet und die Agenten des G3P-Staates [wie die Stasi agieren](#) können, wird der einzige Ort, an dem die G3P-Autorität in Frage gestellt werden kann, das Internet sein. Die britische Regierung steht jedoch kurz vor der Verabschiedung eines Gesetzes zur Zensur des Internets und will auch das verhindern.

## Die britische Diktatur Ein Ende der Online-Meinungsfreiheit

Das [Gesetz über die Online-Sicherheit \(Online Safety Bill - OSB\)](#) nutzt die berechtigten Sorgen der Menschen über die sexuelle Ausbeutung und den Missbrauch von Kindern im Internet (Child Sexual Exploitation and Abuse - CSEA) und terroristische Propaganda aus. **Die britische Regierung behauptet, dass das vorgeschlagene Gesetz zur Online-Sicherheit dazu beitragen wird, diese Verbrechen zu bekämpfen. Dies ist jedoch nicht der Fall.**

Diese trügerische Gesetzgebung hat nichts mit CSEA oder angeblicher Online-Radikalisierung zu tun. **Vielmehr soll es der Regierung und ihren G3P-Big-Tech-Partnern ermöglichen, Informationen, die ihnen nicht gefallen, zu zensieren und deren Weitergabe auf den großen Social-Media-Plattformen zu unterbinden.** Die britische Diktatur wird auch unerwünschte Informationen aus den Suchergebnissen ausblenden.

Genau wie beim Coronavirus-Gesetz wird sich die britische Regierung auf Rechtsinstrumente stützen, um dem vorgeschlagenen Gesetz zur Online-Sicherheit echte Wirkung zu verleihen. Viele der neuen Rechtsbegriffe, die eingeführt werden, wie z. B. "für Erwachsene schädliche Inhalte", werden im Gesetzentwurf selbst nicht definiert, außer in sehr weit gefassten und letztlich bedeutungslosen Begriffen.

Stattdessen wird die Regierung auf sekundäres Recht zurückgreifen, das von den Abgeordneten nicht geändert werden kann, um die Vorschriften festzulegen, die bestimmen, welche Inhalte sie als "schädlich für Erwachsene" betrachtet. Das OSB stellt lediglich klar, dass die Regulierungsbehörde Ofcom diese "Verordnungen" unter der direkten Kontrolle des zuständigen Staatssekretärs ausarbeiten wird.

Das House of Lords scheint die Bedrohung zu erkennen, denn sein zuständiger Ausschuss hat [einen Bericht herausgegeben](#), der sich speziell mit der zunehmenden Anwendung der Sekundärgesetzgebung durch die Exekutive befasst. **In einem weiteren Bericht betont ein separater Ausschuss der Lords, dass die repräsentative Demokratie im Sterben liegt, da die Clique des Kabinettsbüros (nicht die Worte ihrer Lordschaften) das Tempo der Zentralisierung aller diktatorischen Macht erhöht.** Die Peers erkennen an, dass dies die Fortsetzung eines Prozesses ist, der schon seit einiger Zeit im Gange ist:

**Jetzt ist ein kritisches Moment erreicht, in dem dieses Gleichgewicht wiederhergestellt werden muss: nicht so, wie es unmittelbar vor diesen außergewöhnlichen jüngsten Ereignissen war, sondern von neuem.**

Leider wenden sich die Lords an ein Unterhaus, **das größtenteils von Abgeordneten bevölkert zu sein scheint, die sich wenig um die britische [Verfassung](#) kümmern oder sie verstehen.** Die Parlamentarier haben immer versucht, die Macht im Parlament zu zentralisieren, obwohl dieses nicht der verfassungsmäßige Sitz der Macht ist, sondern eher der der Machtbegrenzung. Die Exekutivgewalt beruht auf dem Vertrag des Volkes mit der Krone, nicht mit dem Parlament. **Das Parlament dient uns. Das ist unsere Verfassung.**

Die Abgeordneten schlafwandeln derzeit entweder in Richtung eines Gesetzesvorschlags, der keine rechtlichen Grenzen kennt, oder billigen ihn rundheraus. Sobald das Gesetz in Kraft tritt und wir die Abgeordneten nicht informieren und beeinflussen, wird die Regierung festlegen, wessen Inhalte sie "vom Netz nehmen" will, d. h. von den großen Websites der sozialen Medien und Suchmaschinen entfernen.

Der wahre Zweck der OSB ist in einem sehr kurzen, leicht zu übersehenden Abschnitt versteckt. Offenbar wurde bewusst versucht, die Absicht des OSB sogar vor der Einsichtnahme der Abgeordneten zu verbergen. In Abschnitt 98 werden "[Desinformation](#) und Fehlinformation" erwähnt, aber wie üblich wird nicht erklärt, was diese Begriffe bedeuten.

In Abschnitt 98 wird Ofcom ermächtigt, festzulegen, wie eine Social-Media-Plattform oder eine Suchmaschine "mit Desinformation und Fehlinformation umgehen sollte". Gemäß § 98 (4) (b) ist Ofcom befugt, "unter § 49



Informationen der in Unterabschnitt (4) dieses Abschnitts genannten Art anzufordern, soweit sie sich auf Desinformation und Fehlinformation beziehen".

Was diesen Schlüsselbegriff der "Desinformation und Fehlinformation" im OSB betrifft, so ist das der volle Umfang dessen, was wir wissen! Ein Blick auf § 49 (4) scheint lediglich die Verpflichtung der Online-Dienste zu beinhalten, einen jährlichen Transparenzbericht zu erstellen.

**Das OSB ist jedoch ein höchst trügerisches Gesetz. In Abschnitt 49 (4) (e) wird auch festgelegt, dass soziale Medien und Suchdienste bereitstellen müssen:**

Informationen über die Systeme und Verfahren, die ein Anbieter einsetzt, um gegen illegale, für Kinder schädliche und für Erwachsene schädliche Inhalte vorzugehen, einschließlich der Systeme und Verfahren zur Identifizierung solcher Inhalte, und - (i) im Falle eines Dienstes von Nutzer zu Nutzer die Entfernung solcher Inhalte.

Aus Abschnitt 98 geht hervor, dass es sich bei "Desinformation und Fehlinformation" um eine "Art" handelt, die in Abschnitt 49 erwähnt wird. Das OSB nennt Desinformation und Fehlinformation "Inhalte, die für Erwachsene schädlich sind". Diese Inhalte werden im Rest des OSB als ununterscheidbar von "illegalen Inhalten" behandelt.

Die meisten Menschen, auch die Abgeordneten, werden die Entfernung von Kinderpornografie, pädophilen Straftätern, Terroristen und Terroristenpropagandisten von den großen Internetplattformen unterstützen. **Doch wenn sie das OSB-Gesetz verabschieden, erhält die britische Regierung - möglicherweise unwissentlich - auch die zentrale Befugnis, alles zu "entfernen", was sie (und nicht ein Gericht) als "Desinformation oder Fehlinformation" ansieht, indem sie es als "Inhalte, die für Erwachsene schädlich sind" kennzeichnet.**

Dieser Ansatz erfordert zwar die Mitwirkung der großen Technologiekonzerne, aber die ist gesichert. Auch sie sind neben den Regierungen an der globalen öffentlich-privaten Partnerschaft beteiligt. Es ist zu ihrem Vorteil, wenn sie sich an der künftigen Überwachung des Internets beteiligen.

Der unabhängige Rechtsjournalist CyberLeagle [weist](#) darauf hin:

In der Folgenabschätzung, die dem Gesetzentwurf beigelegt ist, heißt es:

... es wird erwartet, dass die zusätzliche Moderation von Inhalten (durch die Einstellung zusätzlicher Moderatoren oder den Einsatz automatischer Moderation) die größten Kosten für die Einhaltung der Vorschriften für die unter den Anwendungsbereich fallenden Unternehmen darstellen wird. (Folgenabschätzung [166])

**Die Kosten für die Einhaltung der Vorschriften werden auf 1,7 Milliarden Pfund über 10 Jahre geschätzt. Das spricht nicht für eine Regelung, die nicht auf Inhalte ausgerichtet ist".**

Die Kosten für die Einhaltung der Vorschriften in **Milliardenhöhe** bedeuten, dass nur die Plattformen mit den tiefsten Taschen übrig bleiben werden. **Aus diesem Grund sind G3P-Partner wie Google, Facebook und Twitter mit an Bord.** Sie werden einen noch größeren Marktanteil gewinnen und die Kontrolle über die Berichterstattung übernehmen, während kleinere Plattformen für "freie Meinungsäußerung" damit zu kämpfen haben, die ihnen auferlegten lästigen Verpflichtungen zu erfüllen.

Man könnte meinen, dass Journalisten gegen diesen Gesetzesvorschlag aufbegehren würden. Diejenigen, die bei den Mainstream-Medien beschäftigt sind, haben wenig zu befürchten, solange sie sich an die genehmigte Regierungspropaganda halten. Da sie sich bereits daran halten, dürfte dies für die Mainstream-Medien keine allzu große Veränderung bedeuten.

Abschnitt 13 des OSB spricht von der Pflicht, "Inhalte von demokratischer Bedeutung" zu schützen. Abschnitt 13 (2) bezieht sich jedoch auf die "Entfernung" demokratischer Inhalte und die Bestrafung einzelner Nutzer, die

vermutlich die *falsche Art* demokratisch wichtiger Inhalte verbreiten. Ganz offensichtlich hält die britische Regierung einige demokratische Inhalte für wichtiger als andere demokratische Inhalte.

Abschnitt 13 (6) definiert "Inhalte von demokratischer Bedeutung" als Inhalte, die von einem "Nachrichtenverlag" eingestellt werden, oder "regulierte Inhalte", für die der Minister über die Regulierungsbehörde Ofcom verfügt, dass sie "speziell zur demokratischen politischen Debatte im Vereinigten Königreich beitragen sollen".

Dies ist also eine Entscheidung, die die Regierung treffen muss, nicht unser Parlament oder unsere Gerichte. Die Exekutive wird entscheiden, was wir auf den großen Social-Media-Plattformen debattieren dürfen und was nicht, denn das werden die einzigen Plattformen sein, die im neuen, geschrumpften Internet übrig bleiben.

Wenn die Regierung von "Nachrichtenverlag" spricht, hat sie ihre eigene Definition. Sie meint einen "**anerkannten** Nachrichtenverlag", den sie selbst in Abschnitt 40 wie folgt definiert: die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten BBC und Sianel Pedwar Cymru (Channel 4 Wales), jede **lizenzierte** Rundfunkanstalt oder jede andere Medieneinrichtung, die "alle Bedingungen in Unterabschnitt (2) erfüllt".

Unterabschnitt 40 (2) schließt aus, dass unabhängige Blogs "anerkannt" werden können, da die Inhalte "von verschiedenen Personen erstellt" werden müssen, damit sie für diese Auszeichnung in Frage kommen. Die Zeiten, in denen unabhängige Journalisten durch ihre eigenen Blogs ein größeres Publikum erreichen konnten, sind mit dem OSB vorbei.

Um als unabhängiger Nachrichtenanbieter *anerkannt* zu werden, müssen bestimmte Kriterien erfüllt sein. Eine Nachrichtenorganisation wie UK Column, die in erster Linie "nachrichtenbezogenes Material" veröffentlicht, das von "verschiedenen Personen" erstellt wurde, und die über eine eingetragene Geschäftsadresse verfügt und die redaktionelle Kontrolle ausübt, *dürfte* als "anerkannter Nachrichtenverlag" in Frage kommen. Die Zeit wird es zeigen.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein und uns vor Augen halten, was hier beabsichtigt ist. **Es geht darum, die staatliche Kontrolle über den Cyberspace und die Informationen, die wir gemeinsam nutzen, zu zentralisieren.**

Die Regierung beabsichtigt, Begriffe wie "nachrichtenbezogenes Material" durch sekundäres Recht (in anderen Ländern als Durchführungsverordnungen oder außerparlamentarische Dekrete bekannt) zu regeln. Sie wird anordnen, welche "Inhalte von demokratischer Bedeutung" "entfernt" werden.

Dies werden die Inhalte sein, die die britische Regierung zensieren will - nur die Naivsten können sich etwas anderes vorstellen. Sie wird sie als "Desinformation" bezeichnen, die dann in die Kategorie "für Erwachsene schädliche Inhalte" fallen und von den Plattformen der sozialen Medien und aus den Suchergebnissen entfernt werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie von einem "anerkannten Nachrichtenverlag" produziert werden oder nicht.

Vertreter der National Union of Journalists und der aktuellen Presseregulierungsbehörde Impress [haben ihre Besorgnis](#) über die Macht des Ministers und der Social-Media-Plattformen [geäußert](#), zu bestimmen, was als "*Journalismus*" gilt und was nicht. Doch kein einziger Journalist oder Vertreter der Mainstream-Medien hat das Prinzip auch nur ansatzweise in Frage gestellt. Sie akzeptieren massenhaft und scheinbar unhinterfragt, dass die Regierung das Recht hat, den Journalismus und sogar die Redefreiheit zu zensieren.

Sie tun dies in der Befürchtung, dass *sie* vor der Diskriminierung durch die britische Diktatur geschützt werden. Sie scheinen sich damit zufrieden zu geben, dass nur die so genannten alternativen Medien, wie die britische Kolumne, zum Schweigen gebracht werden. Diese Annahme ist unzutreffend.

**Die neue britische Diktatur ist eine absolute Tyrannei.** Sie wird keinen Dissens zulassen, egal von welcher Seite. Sie schlägt auch eine [Gesetzgebung zur Abwehr staatlicher Bedrohungen](#) vor. Dadurch, dass die Enthüllungen von Beamten über Missstände als russisch-chinesische Einmischung dargestellt werden, wird dem Whistleblowing und damit dem investigativen Journalismus, wie wir ihn verstehen, ein Ende gesetzt.

Die britische Diktatur beabsichtigt, die bestehenden Gesetze zur Wahrung von Amtsgeheimnissen, zur Spionageabwehr und zur Terrorismusbekämpfung zu ändern, obwohl sie uns durch zwei Weltkriege und einen Kalten Krieg geführt haben. Sie werden den [Einwand](#) des "Handelns im öffentlichen Interesse" für die Offenlegung oder Berichterstattung von Informationen, die sie als dem nationalen Interesse zuwiderlaufend ansehen, [abschaffen](#), so wie *sie - nicht* unser Parlament oder unsere Gerichte - es definieren.

Journalisten wie [Julian Assange](#) und [Craig Murray](#) sind im Vereinigten Königreich inhaftiert worden, weil sie es gewagt haben, sich mit den *Behörden anzulegen*. Ein Regierungsminister [nannte](#) Assange einen "erbärmlichen kleinen Wurm" und "[versuchte, sich das Grinsen zu verkneifen](#)", nachdem er seine Verhaftung von einem Operationssaal aus beobachtet hatte; ein Richter [sagte zu](#) Murray, er könne nicht erwarten, dass ihm der gesetzliche Schutz gewährt werde, den ein *regulierter* Journalist genieße. Wenn wir nicht handeln und von unseren Abgeordneten verlangen, dass sie den Marsch in eine ausgewachsene britische Diktatur stoppen, sind die Tage des Hinterfragens der Macht in unserer ehemaligen Mutter der repräsentativen Demokratien vorbei.

Wenn wir dieses ganze Bündel von Rechtsvorschriften zusammenfassen, können wir jetzt sehen, wie die britische Diktatur funktionieren wird.

## Das britische Diktaturmodell

Die *Globale öffentlich-private Partnerschaft* wird die politische Agenda bestimmen, da sie *globale Governance* ausübt. Die britische Regierung ist, wie andere in der Welt, der Partner der G3P bei der Umsetzung und Durchsetzung. Es ist die Aufgabe der Regierung, die politischen Agenden der G3P in konkrete Politik und Gesetzgebung auf nationaler und lokaler Ebene umzusetzen.

Nach dem vorgeschlagenen Police, Crimes, Sentencing and Courts Act werden Sie nicht in der Lage sein, gegen die Willensbekundung der G3P ("Regierungspolitik") zu protestieren. Die [einzigen Proteste, die erlaubt sein werden](#), sind diejenigen, die von Organisationen organisiert werden, die die Ziele des G3P weitgehend unterstützen, wie Extinction Rebellion und Insulate Britain.

Mit dem Online-Sicherheitsgesetz wird es auch nicht mehr möglich sein, die Diktatur online herauszufordern. Diejenigen, die bereit sind, die Macht in Frage zu stellen, in erster Linie die alternativen Medien und ihr Publikum, dürfen ihr Material nicht auf den großen Social-Media-Plattformen veröffentlichen, und ihre Inhalte werden aus den Suchergebnissen herausgeschnitten - ebenso wie die Inhalte aller Journalisten, ob sie den Mainstream-Medien angehören oder nicht, wenn sie gegen die geplante Gesetzgebung zur Abwehr staatlicher Bedrohungen verstoßen. Eine Inhaftierung wegen Infragestellung des G3P ist durchaus möglich.

Die Mitarbeiter der staatlichen Diktatur können nach dem Gesetz über verdeckte menschliche Geheimdienstquellen (strafbare Handlungen) jedes von der Diktatur genehmigte Verbrechen begehen. Andersdenkende, die durch das Überwachungsnetz schlüpfen, können "[aufgerüstet](#)" oder auf andere Weise beseitigt werden.

Gegenwärtig genießt die Regierung dank des Coronavirus-Gesetzes und ihres Tricks, Gesetze, die zuvor von ihren Parlamentskollegen abgesehen wurden, durch [sekundäre Gesetzgebung](#) zu manipulieren, die oberste Exekutivgewalt. Im Vereinigten Königreich gibt es wenig bis gar keine parlamentarische politische Opposition, und es ist faktisch zu einem Einparteienstaat geworden.

Rot oder Blau, Grün oder Gelb zu wählen, wird nichts ändern. Die Abgeordneten sind entweder unwissende, willige oder uninteressierte Marionetten und geben sich damit zufrieden, dass sich die gesetzliche Grundlage der britischen Diktatur weiterentwickelt. [Als Gruppe sind sie fast vollständig mitschuldig und haben praktisch keinen Widerstand gegen die Abschaffung der repräsentativen Demokratie geleistet.](#)

Zum jetzigen Zeitpunkt können wir nur fordern, dass unsere Abgeordneten das Abgleiten in eine offensichtliche britische Diktatur aufhalten. Wir sollten alle an unsere örtlichen Abgeordneten schreiben und höflich, aber bestimmt darauf bestehen, dass sie nicht für die Errichtung einer Diktatur stimmen.

Darüber hinaus besteht unser einziger rechtmäßiger Ausweg darin, dass wir unsere individuelle Souveränität vehement verteidigen und uns weigern, dem Diktat der Tyrannei Folge zu leisten. Wir müssen alle friedlichen Mittel nutzen, um die Autorität, die sich die britische Diktatur angemaßt hat, zurückzuweisen.



## Iain Davis

Author, blogger, researcher and short film maker who rants at [in-this-together.com](https://in-this-together.com).

Quelle: <https://www.ukcolumn.org/article/the-uk-new-normal-dictatorship>  
20220124 DT (<https://stopreset.ch>)

## The UK New Normal Dictatorship



by

[Iain Davis](#)

Tuesday, 14th December 2021

The UK Government has used the claimed Covid-19 crisis (or [pseudopandemic](#)) to quietly establish all necessary components for a UK dictatorship. The construction phase is nearing completion and, unless the people engage in [mass non-compliance](#) and petition their representatives to stop it, the UK dictatorship will be in full force soon.

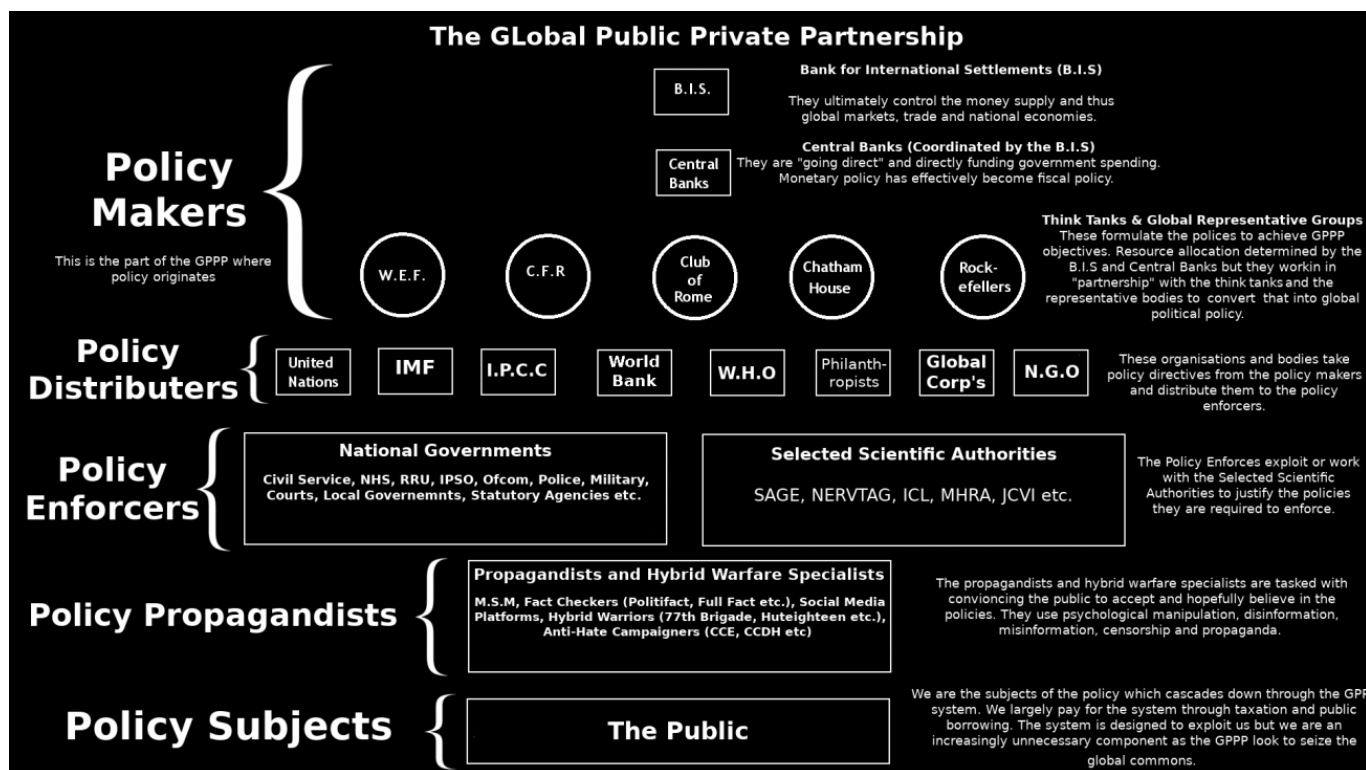
## The Global Governance Dictatorship

A dictionary [definition](#) of “dictatorship” is:

Government by a dictator [...] A country governed by a dictator [...] Absolute authority in any sphere.

The British dictatorship is not unique. Its emergence has been mirrored in the US, EU member states and elsewhere. This is a global model of dictatorship run by a coalition of public and private organisations. National governments are the implementing *partners*.

The nebulous structure of the [Global Public-Private Partnership](#) (G3P) makes political opposition to it almost impossible. It maintains the offer of [so-called democratic elections](#) and even purports to enhance democratic accountability through [new forms of claimed democracy](#).



The “New Abnormal” dictatorship is elusive. It does not have a single, identifiable dictator. There is [no despot](#) to depose. The architects of the *technocratic dictatorship* have [learned from history](#). The modern, worldwide control system is one of [governance](#), not government. Government is the lens which brings it into focus for all of us.

Talk of [devolution and sortition](#) (federalisation and citizens' assemblies) and other suggested improvements to “*local governance*” and political engagement are not remedies for but rather **part of** this new tyranny. These offers are illusions of representative democracy, confining policy debates to that which has already been decided by the G3P. You can choose net zero by 2030 or net zero by 2050, but whatever you choose it is going to be [net zero](#).

This makes it difficult for some people to recognise the nature of the totalitarianism that is being stamped upon our societies. This is a technocracy, more akin to the neocolonialism of a mega-corporation than history's previous autocratic military regimes. However, this dictatorship will, by corporate fiat, have *absolute authority in any sphere* and will be just as cruel and oppressive as any that preceded it.

Perhaps a fuller explanation of the kind of dictatorship we face can be found in the [Encyclopedia Britannica](#):

[A] [...] form of government in which one person or a small group possesses absolute power without effective constitutional limitations [...] Dictators usually resort to force or fraud to gain despotic political power, which they maintain through the use of intimidation, terror, and the suppression of basic civil liberties. They may also employ techniques of mass propaganda in order to sustain their public support.

The G3P is a web of multinational corporations, [tax-exempt foundations](#) (philanthropists), private investors, think tanks, governments, non-governmental organisations, civil society groups and alleged charities. The G3P's globalist **think tanks**—for example, the Club of Rome, the Royal Institute of International Affairs (Chatham House) and the World Economic Forum—set the global governance policy agenda.

This then cascades down through the **policy distributors**, like the IMF, World Bank and the [IPCC](#), to be enforced by governments and their selected scientific bodies, such as the FDA and the [MHRA](#). Government and the G3P are *partners*, and it is government's role to **convert** the policy agenda into hard legislation and local government policy.

It is this which we are subject to. Governments don't form policy, they simply impose it.

Wherever you look in the former western “democracies”, be it the US, France, Germany, Italy or the UK, the objective of their individual models of dictatorship are the same: to create a global system of biosecurity-based digital identity, to be linked, eventually, to payment of [central bank digital currency](#) (CBDC). This digital gulag, or [technocracy](#), will mimic the current [social credit system](#) in China.

## The UK Dictatorship Takes Shape

Less than a week after [Public Health England \(now the UK Health Security Agency\) downgraded Covid-19](#) from a High-Consequence Impact Disease, due to *low overall mortality*, the UK Government claimed that the country was in an emergency situation. Emergency legislation was suddenly presented.

Despite the claimed urgency, the Government chose not to use the existing legislation designed for precisely such a crisis. By ignoring the [Civil Contingencies Act 2004](#) (CCA), the Government sidestepped the required regular thirty-day parliamentary scrutiny of permitted plenary power.

In not invoking the CCA, the UK Government was among many executives around the world that did **not** formally declare a state of emergency in response to Covid-19. This remains the case.

In legal terms, the Covid-19 pandemic is not, and never was, a *national emergency*. Instead, the UK Government presented legislation that had obviously taken many months to draft, which gave it at least six months of absolute executive power.

No MPs voted to pass the [Coronavirus Act 2020](#). It was [fast-tracked through Parliament](#) in just four sitting days. At more than 340 pages, there was no opportunity for MPs or peers to scrutinise it in any depth.

Our parliamentarians thus blithely permitted the UK Government to [snatch extraordinary power](#). Among its many new powers, the Coronavirus Act allowed the Government to detain people without trial and to section people in mental health institutions with far greater ease; it extended mass surveillance powers and the retention of biometric data; it created, [Erewhon](#)-like, the *crime of being ill* ("spreading infectious diseases"). With the Act, the Government took the power to halt legal gatherings, including protests, whenever they chose; and it removed all the safeguards surrounding NHS care assessments and death registration.

On 19 October 2021, the Deputy Speaker of the House of Commons, Rosie Winterton, accepted a *voice vote* among the few MPs present, to wave through the third renewal of the Coronavirus Act. The “ayes” had it easily, in the practically deserted chamber.

There is no reason to imagine that a formal division would have produced a different result. In the preceding March renewal vote, despite a small Tory backbench rebellion, the Coronavirus Act was extended with overwhelming support as the Government secured a 484 to 76 majority vote on the issue.

As the journalist and former British diplomat Craig Murray [correctly observed](#):

It is a recognised pattern for dictatorship to commence with emergency measures designed to combat a threat. Those emergency measures then become normalised and people exercising arbitrary power find it addictive. A new threat is then found to justify the continuation.

The normalisation of dictatorial powers is precisely where we stand at the moment. There is no meaningful political opposition to the Coronavirus Act tyranny. The granting of semi-annual renewal on a rolling basis currently appears to be a *fait accompli*.

## The UK Dictatorship Allows Itself to Torture and Murder with Impunity

However, the Coronavirus Act isn't the only dictatorial law which MPs have enacted and continue to accept without any qualms.

In October 2020, the Covert Human Intelligence Sources (Criminal Conduct) Bill sailed through its third Commons (and Lords) readings, virtually unopposed. In the Commons, most opposition MPs [didn't even bother to vote](#).

The opposition leader, Sir Keir Starmer, whipped his parliamentary colleagues not to oppose the bill. Just 20 Labour MPs [defied the whip](#) to vote against this tyrannical bill. The Act (CHIS) subsequently [became law in March 2021](#).

On behalf of the G3P, the UK Government has given itself and its agencies under this law the authority to commit any crime it likes without fear of prosecution. The [Joint Committee on Human Rights](#) spelled out the purpose of the CHIS:

The Covert Human Intelligence Sources (Criminal Conduct) Bill provides a statutory basis for a variety of public authorities to authorise informants, covert agents and undercover officers to engage in criminal conduct [...] by explicitly making authorised conduct 'lawful for all purposes' [...]

There is no express limit within the Bill on the type of criminal conduct that can be authorised. This raises the abhorrent possibility of serious crimes such as rape, murder or torture being carried out under an authorisation.

The CHIS amends the Regulation of Investigatory Powers Act 2000 and means that government bodies ranging from the intelligence services, the police and the military to the Department of Health and Social Care, the Food Standards Agency and, ironically, the Ministry of Justice can commit crimes against the people with total abandon.

The State doesn't need to justify its criminal activity but, if anyone asks, it can simply say that it broke the law "in the interests of national security; for the purpose of preventing or detecting crime or of preventing disorder; or in the interests of the economic well-being of the United Kingdom". In essence, it can make up any excuse it likes.

Not that asking the question will serve any practical purpose. The CHIS gives agents of the State immunity from prosecution and so, even if you had a watertight case proving state crimes, there would be no defendant to bring it against.

Article 6 of the [European Convention on Human Rights](#) (ECHR), which remains in UK statute law after Brexit, claims to guarantee the right to a court hearing for cases of civil rights abuses. In addition, Article 8 of the UN [Universal Declaration of Human Rights](#) (UDHR) states:

Everyone has the right to an effective remedy by the competent national tribunals for acts violating the fundamental rights granted him by the constitution or by law.

Such violations might include, for example, the police planting evidence and then concocting false witness statements. However, as no crimes are ruled out in the CHIS, the violations concerned could also include murder.

The pretty words in the ECHR and the UDHR transpire to mean nothing. The concept of "human rights" is a total charade. The CHIS demonstrates that **whenever government so chooses, it can completely ignore these so-called rights**. They are not worth the paper they are written on.

"Human rights" are just an empty marketing strategy to convince you to trust in the institutions of government. They are scribbled on bits of paper by politicians and lawyers to make people imagine that their rights emanate from politicians and lawyers, thus affording them alleged authority over said rights. "Human rights" are not rights. They are government permits. What government grants, government can take away.

The only form of rights that actually exist are [inalienable \(or unalienable\) rights](#). They are ours from birth and have nothing whatsoever to do with government. Government can respect or ignore them, and we can judge government accordingly.



Government cannot alter, amend or claim any dominion over inalienable rights. Hence the global, decades-long propaganda campaign to convince us all to believe in the asinine promise of "human rights".

We must not allow those who claim authority to continue to use duplicitous language unchallenged. Whenever they speak of "human rights", we should refute this deception. "Human rights" do not exist. The CHIS proves this beyond dispute in a particularly pure form.

When Britain set up the post-war "human rights" model for Europe, it went along with enshrining in several international treaties the right not to be killed or tortured as the untouchable "absolute human rights" with [no scope for curtailment](#) no matter what the claimed emergency, but Britain has now given itself a "human rights" model in which not even the right not to be killed or tortured turns out to be "unqualified". They were touted as "absolute" until they were decided not to be "absolute".

Together the Coronavirus Act and the CHIS form the basis for the rest of the UK dictatorship. When combined with the other Bills and amendments currently gliding effortlessly towards the status of legislation, it ensures the kind of dictatorship that we are familiar with from the annals of history—just one cloaked in the faux democracy of "civil society".

The CHIS provides the context for the forthcoming dictatorial powers. All are to be set within an environment of unfettered criminality to be exercised by the UK state.

## The UK Dictatorship To End The Right of Protest

The [Police, Crimes, Sentencing and Courts Bill](#) (PCSC) *has* at least been [opposed by opposition parties](#). It could be argued that this fact makes the total lack of resistance to the CHIS even more notable. Clearly, *all* major political parties want the power to commit crime.

Among its many dictatorial measures Section 61 (2) (a) states that it is an offence if, by your acts or omission, you create a situation where another person:

suffers death, personal injury or disease.

This raises the distinct possibility of arrest for the crime of being unvaccinated in a public space. This may be hard for many to accept. Perhaps proving this charge in court would be difficult, but the possibility is certainly raised by the PCSC.

This is a huge, sprawling piece of legislation. It makes provisions on a multitude of judicial, law-enforcement and penal powers and regulations. As this is all encapsulated in one Bill, it will be extremely difficult for most MPs to grasp its implications in full before they vote on it. To do so, they would have to devote practically all their time to nothing else.

Moreover, we see the continual process of adding to what is already a hefty Bill. The Home Secretary stacked it with an additional eighteen amendments **after** it had passed the second Commons reading stage, consistently limiting MPs' opportunity to scrutinise it.

The surreptitious extensions include: outlawing "lock-ons", where protesters chain themselves to trees and machinery to stop the activity they oppose, such as [as fracking](#): any obstruction of a corporation's normal activity, which is the *whole point* of direct action, could land a protester with nearly twelve months in prison. The Bill also extends police stop-and-search powers, lets the authorities prevent people going to a protest in the first place, and ultimately allows them simply to ban named individuals or groups from protesting.

The green activist and raconteur of the chattering, progressive left, George Monbiot, wrote a well-composed article [expressing his concern](#) at the Bill. In a moment of almost jaw-dropping irony, he concluded his piece thus:

So where is everyone? Why isn't this all over the front pages? Why aren't we out on the streets in our millions, protesting while we still can? We use our freedoms or we lose them. And we are very close to losing them.

Of course, people *have* been out in their millions protesting "out on the streets" against the establishment of a dictatorship. That is precisely what eighteen months of pro-freedom protests have been about.

However—because these enormous protests, uniting left and right, black and white, old and young, *also* opposed the use of the Government's Covid-19 narrative to bring about this emerging dictatorship—Monbiot called the [very protesters he now pleads for](#) far right, anti-vaxxer, white supremacists, just three months earlier.

While they were out in their millions, across the globe, fighting for the rights which he belatedly bemoaned the loss of, Monbiot—and almost the entire mainstream media he works for, especially the *Guardian*—were attacking them. They were literally making up [fake news](#) to deliberately divert public attention away from the protestors' entirely legitimate concerns.

As Monbiot and many others are now coming to understand, the PCSC will make protest and other forms of direct action practically illegal in the UK. The right to protest, in any kind of meaningful sense, will be terminated when this Bill is enacted.

We may have thought that the right to peaceful protest was a democratic right. Indeed it was, but once the PCSC is enacted that particular Human Right won't exist in the UK any more.

The inalienable rights of freedom of expression, freedom to congregate and freedom to roam will still exist.

Part 3 of the Bill deals with public order. No-one will be able to cause anyone else “unease, alarm or distress” by protesting noisily. So no whistles or drums. Silent protest is all it permits. No-one will be able to disrupt the “activities of an organisation”, or even impact normal “life in a community”.

The crime of “intentionally or recklessly causing public nuisance” is created, with up to **ten years** in prison for protesters who dare to raise their voices. You don't even need to have made any noise. If it is deemed **likely** that you **might** cause “serious annoyance” or “serious inconvenience”, then the jail sentence for you could be twelve months.

Protests movements of all kinds have a long history of infiltration and surveillance by the police and intelligence agencies. A 2016 investigation discovered that undercover British police officers had infiltrated [more than a thousand UK-based political movements](#) over the span of some decades. Their activities included being active leaders of these movements, and went as far as having families with the activists they were spying on and manipulating.

With the CHIS in place, such police infiltrators are now free to steer protest movements in any direction they wish and can use any means, criminal or otherwise, to achieve government objectives. Agent provocateurs can cause the *right kind* of “annoyance” or “inconvenience” in order to trigger their colleagues' powers under the Act.

As they are deemed to be “emergency workers”, an assault on the police receives an increased tariff of up to two years in prison. So while the state can beat, extort, defraud or even murder protestors, if anyone lays a finger on its agents they can expect a harsh custodial penalty—as they can for protesting in the first place.

The UK Government already allows the police to control protest routes or even ban marches and other forms of protests. To do so, they must currently demonstrate evidence which leads them to have a reasonable suspicion that “serious public disorder, serious damage to property or serious disruption to the life of the community” will occur.

The PCSC goes way beyond existing authoritarian powers to limit potentially dangerous protests that threaten public safety, [such as those blocking roads](#). Westminster, in particular, is protected with an exclusion zone, promised in the PCSC, ensuring that the people can no longer protest before their own parliament.

In order to ban a march or protest, the police will no longer need to bother with any deliberations or present any evidence to the courts. They can stipulate when, where and if a protest is “allowed”. They can decree its duration and can deny a protest for any reason they choose.

Other measures in the Bill render protesting ineffective anyway. Most people won't even know a protest has taken place, thus utterly defeating the objective of protesting. It also makes protesting an extremely high risk activity. The majority of ordinary people with families won't be able to afford to take those risks.

Under the PCSC, democratic protest is finished. Therefore, it also ends any pretence that we live in a democracy.

We have already seen the mainstream media completely ignore huge global [pro-freedom marches](#). Meanwhile they eagerly report much smaller protests by groups like [Extinction Rebellion and Insulate Britain](#). They do so because these groups are [protesting in support of the G3P agenda](#), not standing against it.

Under the rule of the PCSC, any high profile demonstrations should be viewed with suspicion. The legislation will give the G3P complete control of protest in the UK. Only the chosen protests will be “approved.” Primarily to maintain the farcical allusion to democracy in our new abnormal civil society.

As the dictatorship unfolds, with agents of the G3P state able to [act like the Stasi](#), and with real protest curtailed, the only place left to challenge G3P authority will be online. However, the UK government are very close to passing legislation to censor the Internet and aim to put a stop to that too.

## **The UK Dictatorship An End To Freedom Of Speech Online**

The [Online Safety Bill](#) (OSB) exploits people's legitimate concerns about online child sexual exploitation and abuse (CSEA) and terrorist propaganda. The UK Government claims that the proposed Online Safety Act will contribute to tackling these crimes. It achieves [no such thing](#).

This deceptive piece of legislation does nothing to address CSEA or alleged online radicalisation. Rather, it is designed to enable the Government, and its G3P Big Tech partners, to censor information they don't like and disable the sharing of it on the big social media platforms. The UK dictatorship will also hide unwanted information from the search results.

Just as it did with the Coronavirus Act, the UK Government will rely upon statutory instruments to give the proposed Online Safety Act real teeth. Many of the new legal concepts it introduces, such as “content that is harmful to adults”, are not defined in the Bill itself, save in the broadest and ultimately meaningless terms.

Instead the Government will use secondary legislation, which cannot be amended by MPs, to establish the regulations that will determine what content it considers to be “harmful to adults”. All the OSB does clarify is that it will be Ofcom, the regulator, that draws up these “regulations” under the direct control of the relevant Secretary of State.

The House of Lords appears to recognise the threat, its competent committee having [issued a report](#) specifically addressing the burgeoning use of the secondary legislation ruse by the executive branch of government. In [another recent report](#), a separate Lords committee stresses that representative democracy is dying, as the the Cabinet Office clique (not their Lordships' words) increases the pace of centralising all dictatorial power. The peers recognise that this is the continuation of a process that has been ongoing for some time:

A critical moment has now been reached when that balance must be re-set: not restored to how things were immediately before these exceptional recent events but re-set afresh.

Unfortunately, the Lords are reaching out to a House of Commons which appears to be largely populated by MPs who have little care for or understanding of the British [constitution](#). Parliamentarians have always sought to centralise authority in Parliament, despite that not being the constitutional seat of power but rather of the

*limitation* of power. Executive power rests in the people's contract with the Crown, not Parliament. Parliament serves *us*. That is our constitution.

MPs are currently either sleepwalking towards, or approve outright of, proposed legislation that has no legal limit. Once it is enacted, and unless we inform and lobby MPs, it will be the Government that will stipulate whose content it intends to “take down”—effectively removing it from the major social media and search engine websites.

The true purpose of the OSB is hidden in one very short, easily missed section. There appears to have been a deliberate attempt to hide the OSB’s intent even from the inspection of MPs. Section 98 mentions “[disinformation](#) and misinformation” but, as usual, does not explain what these terms mean.

In Section 98, Ofcom is empowered to specify how a social media platform or search engine should “deal with disinformation and misinformation”. By virtue of 98 (4) (b), Ofcom has a power “under section 49 to require information of a kind mentioned in subsection (4) of that section, so far as relating to disinformation and misinformation”.

As far as this key concept of "disinformation and misinformation" goes in the OSB, that is the full extent of what we know! When we look at Section 49 (4), it appears merely to require online services to prepare an annual transparency report.

However, the OSB is a highly deceptive piece of legislation. Section 49 (4) (e) also stipulates that social media and search services must provide:

Information about systems and processes which a provider uses to deal with illegal content, content that is harmful to children and content that is harmful to adults, including systems and processes for identifying such content, and — (i) in the case of a user-to-user service, taking down such content.

We can see from Section 98 that “disinformation and misinformation” is “of a kind” mentioned in Section 49. The OSB calls disinformation and misinformation “content that is harmful to adults”. This content is treated in the rest of the OSB as indistinguishable from “illegal content”.

Most people, including MPs, will support the removal of child pornography, paedophile predators, terrorists and terrorist propagandists from the major Internet platforms. Yet, possibly unknowingly, if they pass the OSB into law, the UK Government will also gain the centralised authority to “take down” anything that it (not a court) considers to be “disinformation or misinformation”, by labelling it as “content that is harmful to adults”.

This approach does require the complicity of the Big Tech giants, but that is assured. They too are *stakeholder partners*, alongside governments, in the Global Public-Private Partnership. It is to their advantage to go along with the future [policing of the Internet](#).

The independent legal journalist, CyberLeagle, [points out](#):

The Impact Assessment accompanying the draft Bill states:

‘...it is expected that undertaking additional content moderation (through hiring additional content moderators or using automated moderation) will represent the largest compliance cost faced by in-scope businesses.’  
(Impact Assessment [166])

That compliance cost is estimated at £1.7 billion over 10 years. That does not suggest a regime that is not focused on content.”

A compliance cost of **billions** means only those platforms with the deepest pockets will be left standing. This is why G3P partners like Google, Facebook and Twitter are on board. They stand to gain an even greater market share, and narrative control, as smaller “free speech” platforms struggle to cope with the onerous obligations imposed upon them.

You might think that journalists would be up in arms about this proposed legislation. Those who are employed by the mainstream media have little to fear, as long as they stick to approved government propaganda. As they already do adhere to it, this shouldn't mean too much of a change for the mainstream media.

Section 13 of the OSB speaks of a duty to protect “content of democratic importance”. However, Section 13 (2) refers to “taking down” democratic content and sanctioning individual users who share what is presumably the *wrong kind* of democratically important content. Quite obviously, the UK Government considers some democratic content to be more important than other democratic content.

Section 13 (6) defines “content of democratic importance” as any which is posted by a “news publisher” or “regulated content”, for which the Secretary of State, via the regulator Ofcom, decrees that the content is “specifically intended to contribute to democratic political debate in the United Kingdom”.

This, then, is to be a decision for the Government, not our parliament or our courts, to make. The executive will decide what we are allowed or not allowed to debate on the big social media platforms, which will be the only platforms left on the new, shrunken Internet.

When the Government says “news publisher”, it has its own definition. It means a “**recognised** news publisher”, which it itself defines in Section 40 as: the public-service broadcasters BBC and Sianel Pedwar Cymru (Channel 4 Wales); any **licensed** broadcaster; or any other media outlet which “meets all of the conditions in subsection (2)”.

Subsection 40 (2) rules out independent blogs as having a hope of being “recognised”, because the content must be “created by different persons” for it to be eligible for that distinction. The days of independent journalists reaching a wider audience through their own blogs are ended by the OSB.

To be *recognised* as an independent news provider, certain criteria must be fulfilled. A news organisation like UK Column, which principally publishes “news-related material” created by “different persons”, and which has a registered business address and exercises editorial control, would *appear* to be eligible to qualify as a “recognised news publisher”. Time will tell.

We need to be clear, and to keep in mind, what the intention is here. It is to centralise government control over cyberspace and the information we collectively share.

The Government intends to use secondary legislation (known in other countries as executive orders or extra-parliamentary decrees) to finalise concepts like “news-related material”. It will order what “content of democratic importance” will be “taken down”.

This will be the content which the UK Government chooses to censor, only the most naive could imagine otherwise. They will label it as “disinformation” which will then fall into the category of “content that is harmful to adults” to be removed from the social media platforms and the search results. It doesn't matter if it is produced by a “recognised news publisher” or not.

Representatives of the National Union of Journalists and the current press regulator, Impress, [have expressed concern](#) about the power wielded by the Secretary of State and the social media platforms to determine what does or does not constitute “*journalism*”. Yet not a single mainstream media journalist or representative body has even vaguely questioned the principle. They accept en masse, apparently without question, that the Government has the right to censor journalism and even free speech.

They do so under the apprehension that *they* will be protected from the discrimination of the UK dictatorship. They are seemingly satisfied that only the so-called alternative media, such as the UK Column, will be silenced. That assumption is misplaced.

The new UK dictatorship is an absolute tyranny. It will not permit dissent from any quarter. It also proposes [Legislation To Counter State Threats](#). This, by dressing up officials' disclosures of abuses as Russo-Chinese interference, will end whistleblowing—and consequently investigative journalism as we understand it.

The UK dictatorship intends to amend existing Official Secrets, counter-espionage and counter-terrorism legislation, although it saw us through two world wars and a Cold War. They will [remove the defence](#) of “acting in the public interest” for the disclosure or reporting of any information they deem to be contrary to the national interest, as *they*—not our parliament or our courts—define it.

Journalists like [Julian Assange](#) and [Craig Murray](#) have been imprisoned in the UK for daring to cross the *authorities*. A government minister [called](#) Assange a "miserable little worm" and "[tried to keep the smirk off his face](#)" after having watched his arrest from an operations room; a judge [told](#) Murray he could not expect to be afforded the protections at law enjoyed by a *regulated* journalist. Unless we act and demand that our MPs stop the march towards a full-blown UK dictatorship, the days of questioning power are over in our former Mother of Representative Democracies.

Bringing this whole raft of legislation together, we can now see how the UK dictatorship will function.

## The UK Dictatorship Model

The *Global Public-Private Partnership* will set the policy agenda as it exercises *global governance*. The UK Government, like others around the world, is the G3P's implementation and enforcement partner. It is the Government's role to convert the G3P policy agendas into hard policy and legislation at both the national and local level.

Under the proposed Police, Crimes, Sentencing and Courts Act, you will not be able to protest against the manifestation of the G3P's will ("government policy"). The [only protests that will be permitted](#) will be those orchestrated by organisations which broadly support the G3P objectives, such as Extinction Rebellion and Insulate Britain.

Under the Online Safety Act, you won't be able to challenge the dictatorship online either. Those who are willing to question power, primarily the alternative media and their audience, will not be permitted to post their material on the big social media platforms and their content will be cut out of the search results—as will the content of any journalist, be they mainstream media-affiliated or not, if they fall foul of the intended legislation to counter state threats. Imprisonment for questioning the G3P is a distinct possibility.

The operatives of the state dictatorship are free to commit any crime the dictatorship authorises, under the Covert Human Intelligence Sources (Criminal Conduct) Act. Dissenters who slip through the surveillance grid can be "[fitted up](#)" or otherwise done away with.

Currently, the Government enjoys supreme executive power, thanks to the Coronavirus Act and to its ploy of using [secondary legislation](#) to manipulate the laws previously rubber-stamped by their parliamentary colleagues. There is little to no parliamentary political opposition in the UK, and it has become effectively a one-party state.

Voting Red or Blue, Green or Yellow will change nothing. MPs are either ignorant, willing, or uninterested puppets and are content for the legislative basis of the UK dictatorship to evolve. As a group, they are almost entirely complicit and have offered virtually no resistance to the removal of representative democracy.

At this stage, all we can do is demand that our MPs stop the slide towards what is obviously a UK dictatorship. We should all write to our local MP and politely but firmly insist that they do not vote to allow the formation of a dictatorship to proceed.

Beyond that, our only lawful recourse is that we fiercely defend our individual sovereignty, refusing to comply with the diktats of the tyranny. We must use any and every peaceable means to reject the authority that the UK dictatorship has arrogated to itself.



## Iain Davis

Author, blogger, researcher and short film maker who rants at [in-this-together.com](http://in-this-together.com).

Quelle: <https://www.ukcolumn.org/article/the-uk-new-normal-dictatorship>  
20220124 DT (<https://stopreset.ch>)